

SÜDAFRIKA

Gewerkschaft im Aufwind

Der Streik im öffentlichen Dienst Südafrikas ist der größte Arbeitskampf seit dem Ende der Apartheid. Die Gewerkschaften wollen ihren Einfluss auf die Regierung wieder erhöhen.

Bei der ANC-Führung liegen die Nerven blank: "Jenseits aller unterschiedlichen Positionen zwischen den Gewerkschaften und der Regierung verurteilt der ANC alle Formen der Geringschätzung und Respektlosigkeiten gegenüber der für den öffentlichen Dienst zuständigen Ministerin." Streikende hatten Geraldine Fraser-Moleketi, die Ministerin für den öffentlichen Dienst, auf Plakaten als Kuh dargestellt und einen Steckbrief veröffentlicht: "Geraldine. Dringend gesucht. Bei Ergreifung zwölf Prozent Belohnung."

Eine Lohnerhöhung von zwölf Prozent war die Hauptforderung der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, deren Mitglieder seit dem 1. Juni streiken. Der Streik hat sich zum größten Arbeitskampf seit dem Ende der Apartheid entwickelt. Mehr als 500.000 Krankenhausbedienstete und Lehrer traten in den Ausstand, am Mittwoch der vergangenen Woche schlossen sich Beschäftigte der Müllabfuhr und des öffentlichen

Nahverkehrs in vielen Städten an. An den Demonstrationen des Gewerkschaftsdachverbands Cosatu, die Mitte voriger Woche in über 40 Städten stattfanden, beteiligte sich eine halbe Million Menschen.

Die Gewerkschaften haben ihre Forderung auf eine Lohnerhöhung von zehn Prozent reduziert. Doch die Regierung will ihnen nur 7,25 Prozent zugestehen, die Inflationsrate beträgt etwa acht Prozent. Gerade die Verteuerung der Lebenshaltung hat in den vergangenen Jahren zu einer verstärkten Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften beigetragen. Denn eine Krankenschwester verdient in einem staatlich geführten Krankenhaus selten mehr als 450 Euro im Monat, und die Lebenshaltungskosten in Südafrika sind ebenso hoch wie in Westeuropa.

Insbesondere im Gesundheitswesen hat der Streik zu Konflikten geführt. Die Polizei ging mit Gummigeschosse gegen Streikposten vor und setzte Soldaten als Streikbrecher ein. Der Einsatz von medizinischem Personal der Armee sei notwendig, um den Betrieb der Krankenhäuser sicherzustellen, darüber hinaus müssten arbeitswillige Beschäftigte vor den Streikenden geschützt werden, rechtfertigte sich die Regierung.

Probleme im Gesundheitswesen

Zur weiteren Eskalation hat in der vergangenen Woche die Nachricht beigetragen, dass 600 Krankenhausbeschäftigte wegen angeblicher Verstöße gegen ihren Arbeitsvertrag gekündigt wurde. Es häufen sich die Mel-

dungen von Patienten, denen der Zugang zu Krankenhäusern von den Beschäftigten verweigert wurde, ein Kind soll anschließend gestorben sein. Von den Gewerkschaften werden diese Anschuldigungen zurückgewiesen. Der Wochenzeitung "Mail & Guardian" sagte die entlassene Emilia Maloi von der Gewerkschaft Nehawu, der wahre Grund für die Kündigungen sei das gewerkschaftliche Engagement, denn die medizinische Notstand in der öffentlichen Gesundheitsversorgung Südafrikas sei eine seit Jahren bekannte Realität.

Die Auswanderung unter bezahlter Arbeitskräfte führte zu einer Verschlechterung der öffentlichen Gesundheitsversorgung, von der insbesondere an Aids erkrankte Patienten betroffen sind. Nur wenige von ihnen haben die Chance, die teurere private Krankenversorgung in Anspruch zu nehmen.

Die überraschend heftigen Aufrufe zur Beteiligung am Streik werden von vielen Kommentatoren auch als ein Versuch der Gewerkschaften bewertet, wenige Monate vor dem Parteitag des ANC ihre Stärke zu demonstrieren. Der Cosatu mit seinen 1,8 Millionen Mitgliedern ist zusammen mit der ihm nahe stehenden Kommunistischen Partei (SACP) weiterhin ein wichtiger Bestandteil der Dreiparteienallianz mit dem ANC. Doch in den vergangenen Jahren haben sich SACP und Cosatu nur selten gegenüber der ANC-Führung um Präsident Thabo Mbeki beaupten können.

Die Linke und die Gewerkschaften kritisieren vor allem die zu schnelle Integration in den Weltmarkt, die Privatisierungspolitik und das Black Economic Empowerment (BEE). Das BEE soll schwarze Unternehmer fördern, den Gewerkschaften zufolge führt dies nicht zu einer Transformation der Eigentumsverhältnisse. Es profitiere nur eine kleine Schicht, während die

Mehrheit der Schwarzen arm bleibe.

Im Dezember wird der ANC bei der National Conference einen Vorsitzenden wählen, und bislang war dies auch eine Entscheidung darüber, wer Präsident Südafrikas wird. Allerdings wird die Amtszeit durch die Verfassung auf zwei Wahlperioden beschränkt, Mbeki darf nicht noch einmal antreten. Dennoch wird er voraussichtlich erneut für den ANC-Vorsitz kandidieren, weil er um jeden Preis verhindern will, dass Jacob Zuma sein Nachfolger wird.

Zuma gehört zu den umstrittensten politischen Figuren in Südafrika. Ehemals stellvertretender ANC-Vorsitzender, wurde er vor zwei Jahren entmachtet. Er soll in eine Korruptionsaffäre involviert gewesen sein. Obwohl eine gerichtliche Klärung der Vorwürfe noch immer aussteht, stieg Zuma zum Hoffnungsträger der Gewerkschaften, der ANC-Jugendliga und vieler Mitglieder der Kommunistischen Partei auf.

Geschlechterverhältnisse

Er gilt als Integrationsfigur und Mediator, der eine sozialdemokratische Politik befürwortet, und als ein von der Regierung Verfolgter. So interpretierten seine Anhänger sogar den Vorwurf, er habe eine Frau vergewaltigt. Während des Gerichtsverfahrens Anfang 2006 demonstrierten viele ANC-Anhänger ihre Solidarität mit Zuma und bedrohten das Opfer der Vergewaltigung und ihre Unterstützer.

In dem Prozess wurden auch Vorleben und Kleidung der Frau, deren Identität geheim blieb, thematisiert. Zuma, damals Vorsitzender des Nationalen Aids-Rates, erklärte, dass er nach dem Sex geduscht habe, um die Gefahr einer Ansteckung mit HIV zu bannen. Er wurde freigesprochen, die Klägerin verließ noch am gleichen Tag das

Land, um den Verfolgungen zu entgehen. Viele Aktivisten aus Aids-Gruppen und genderpolitischen Initiativen bewerten das Verfahren als Rückschritt für die Geschlechterverhältnisse im Land; Südafrika gehört zu den Ländern mit den höchsten Vergewaltigungsquoten und HIV-Ansteckungsquoten.

Doch es gibt auch Kritik aus den Gewerkschaften an Zuma. So hält es Hester Stephens, Präsidentin der traditionell von Frauen dominierten Hausangestelltengewerkschaft Sadsawu, für ein politisches Desaster, dass jemand wie Jacob Zuma der zukünftige Präsident werden könne.

Der Streik ist offenbar auch ein Versuch der Gewerkschaften, erneut politische Handlungsfähigkeit zu gewinnen und die Abhängigkeit von Führungsfiguren zu mindern. Zuma lehnt den Arbeitskampf ab. Staatsmännisch verkündete er der Nachrichtenagentur AFP, dass er den Streik für ein falsches politisches Signal halte, da er in den Jahren vor der Fußballweltmeisterschaft 2010 Unsicherheit im Ausland über Südafrika als sicheren Austragungsort aufkommen ließe. "Die Herausforderung ist, dass die Menschen, die in den Verhandlungen stehen, im Innersten nicht nur ihre Interessen mitführen, sondern die des ganzen Landes", sagte Zuma.

Doch sein Appell beeindruckte die Streikenden ebenso wenig wie die Aufrufe anderer ANC-Politiker. Die Probleme für die Regierung könnten noch weit größer werden, denn auch Polizisten sind in den Streik getreten, und Soldaten protestierten vor dem Parlament gegen den Einsatz als Streikbrecher.

Romin Khan

Von Romin Khan erscheint diesen Monat das Buch "Südafrika - nach der Apartheid. Die Grenzen der Befreiung" (Assoziation A).

VENEZUELA

Revolution & Fernsehen

Im Streit um den Privatsender RCTV, dessen Lizenz Ende Mai nicht verlängert wurde, geht es den Kontrahenten am wenigsten um eine emanzipative Medienpolitik.

Seit der venezolanische Präsident Hugo Chávez Ende Mai dem Privatsender Radio Caracas Televisión (RCTV) die Verlängerung der Lizenz versagt hat, nutzen Ideologen aller Couleur die Maßnahme zur Bestätigung des eigenen Weltbildes. Für den rechtsliberalen peruanischen Schriftsteller Mario Vargas Llosa ist das Vorgehen ein weiterer Beweis für das totalitäre Vorgehen des "Diktators Chávez", der einflussreiche brasilianische Erzbischof Baltazar Cardoso verglich den Staatschef gleich mit Adolf Hitler.

Die der deutschen Linkspartei nahe stehende "Linkszeitung" dagegen erklärte, warum das Vorgehen in Wirklichkeit "ein Schritt zur Demokratisierung der Medien" sei, und Chávez selbst stellte klar, dass die Kritiker des Lizenzentzugs "Papagaien Washington"

"tons" seien. Die Wahrheit liegt, wie so oft, nicht in der Mitte. Vielmehr müssen die Machtstrukturen hinterfragt werden, die bei den Verfechtern des Senders lediglich einen anderen Ausdruck finden als bei deren linken Widersachern.

Natürlich macht es stutzig, dass Demokraten aus aller Welt ausgerechnet dann Pressfreiheit einklagen, wenn es um Venezuelas Bolivarianische Revolution geht. Hätte etwa eine französische Zeitung weiter erscheinen dürfen, die sich wie RCTV maßgeblich am Putsch gegen einen demokratisch legitimierten Präsidenten beteiligt hat? In Deutschland muss bereits mit Gefängnisstrafe rechnen, wer eine gesellschaftlich irrelevante Zeitung publiziert, in der über militante linke Politik diskutiert

wird. Auch der Verweis darauf, mit RCTV sei das letzte kritische Medium geschlossen worden, hält keiner Überprüfung stand: private Konzerne kontrollierten bislang 80 Prozent des Medienmarktes, und wie RCTV berieselte sie ihre Zuschauer mit einem Mix aus Telenovelas und aggressiver antichavistischer und antikommunistischer Propaganda. Kaum ein Linker würde einem solchen Sender ernsthaft eine Träne nachweinen.

Kritisches Denken provozieren

Doch Herz-Schmerz-Schnulzen und reaktionäre Nachrichten recht fertigen nicht die De Facto-Schlüsselung des beliebtesten Fernsehkanals. Zumal der Staatschef mit Angriffen gegen den Sender Globovisión gleich dem nächsten Programm ans Leder will und sich damit im "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" kubanische Verhältnisse ankündigen. Chávez hat die Maßnah-

me damit gerechtfertigt, man benötige die Frequenz für das neue "soziale venezolanische Fernsehen" TVes – ein Sender, der die alltäglichen Probleme der Bevölkerung zur Sprache bringen soll. Mit ähnlichen Konzepten sind bereits staatliche Sender wie Kanal 8 und Vive TV oder das lateinamerikanische Projekt TeleSur angekommen. Allesamt zeichnen sie sich durch eine unkritische pro-chavistische Berichterstattung aus, die in erster Linie die herrschende Ordnung affirmsiert. Selbst den neu gegründeten Basisradios, in denen Menschen aus verschiedenen gesellschaftlichen Schichten selbst zu Wort kommen sollen, sind angesichts der Machtverhältnisse klare Grenzen gesetzt. Bürgerradios, die nicht der vorgegebenen Linie folgen, müssen im Gegensatz zu ihren regierungsfreundlichen Pendanten auf ausgiebige finanzielle Unterstützung verzichten.

Der von Chávez angekündigte Kampf um die "Kommunikationshegemonie" lässt al-

so befürchten, dass Venezuelas mediale Welt lediglich unter anderen Vorzeichen neu inszeniert wird: bolivarianisch statt bürgerlich-oligarchisch. Wie das im schlechteren Fall geht, führt Chávez regelmäßig auf der Mattscheibe vor. Etwa, wenn er auf einer Tafel eine lange Lunte samt Sprengstoffpaket zeichnet, um zu erklären, dass jene Studenten, die für RCTV auf die Straße gegangen sind, letztlich für das verhasste Imperium im Norden arbeiten. Die Drohung schwingt gleich mit. Schließlich bestätigt Chávez bei jeder Gelegenheit, dass im Kampf gegen den "Teufel" George W. Bush jedes Mittel recht ist. Mit emanzipativer Medienpolitik hat das alles wenig zu tun, denn die müsste kritisches Denken provozieren anstatt komplexe Sachverhalte in einfache Weltbilder zu pressen. Doch damit ließe sich auf die Schnelle kaum eine Bolivarianische Revolution machen.

Wolf-Dieter Vogel

Wolf-Dieter Vogel ist freier Journalist und lebt in Mexiko-City.